

Haushaltsrede des EBH-Fraktionsvorsitzenden Ralf Lange (Ratssitzung am 17.03.16)

Pragmatismus und Vernunft sind gefragt

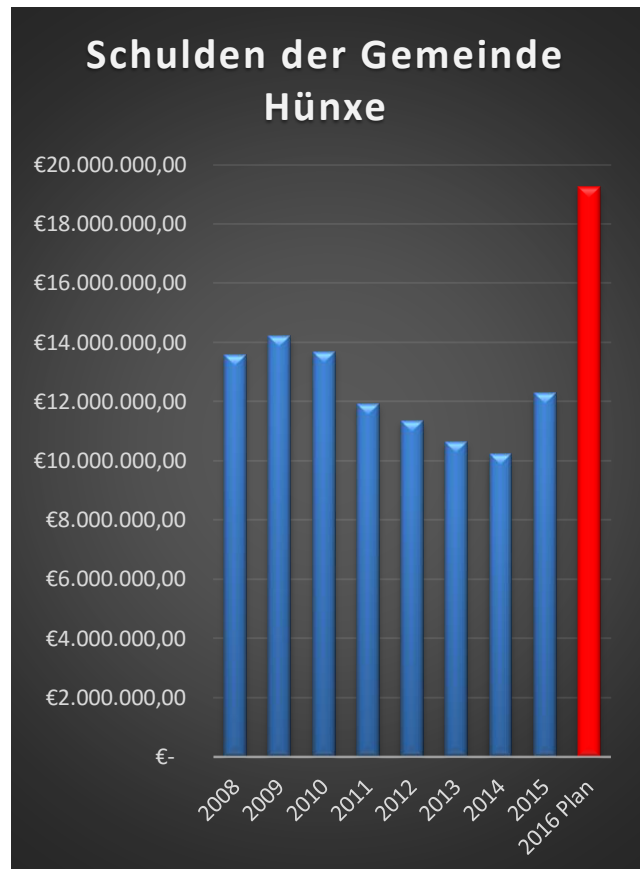
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratsmitglieder, liebe Zuschauer, die Lage der Gemeindefinanzen anschaulich zu erläutern, ist keine leichte Aufgabe.

Voranstellen möchte daher erst einmal die Fakten zum Haushaltsentwurf: Der **planerische Verlust** im Jahr 2016 beträgt **2.305.000 Euro**. Wir geben also 2,3 Mio. Euro mehr aus als wir einnehmen. Und das obwohl die Grundsteuern gerade noch einmal erhöht wurden. Im **Vergleich zum Jahr 2012** zahlen Hünxer Bürgerinnen und Bürger **heute 43 Prozent mehr Grundsteuern**.

Der Hünxer Hebesatz für die **Grundsteuer B** beträgt **600 Prozent**. Das sind mehr als 100 Prozentpunkte über dem Durchschnittswert aller Kommunen in NRW.

Ein bundesweiter Vergleich zeigt, dass die Kommunen in anderen Bundesländern ihre Bürgerinnen und Bürger weit weniger belasten. Am wenigsten verlangen die Kommunen in **Schleswig-Holstein (311 Prozent)** und **Bayern (341 Prozent)**.

Um den Verlust in Höhe von 2,3 Mio. Euro kompensieren und um Investitionen durchführen zu können, plant der Kämmerer für dieses Jahr eine **Neuverschuldung von 7 Mio. Euro**. Der Schuldenstand wird dann insgesamt auf **19,3 Mio. Euro** anwachsen.



In der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes wird sich das Eigenkapital der Gemeinde von **32,9 Mio. Euro** (im Jahr 2009) auf **25 Mio. Euro** (im Jahr 2021) abschmelzen.

Was bedeutet das? Wie kann man diese Fakten einordnen und bewerten?

Wenn man etwas bewerten möchte, braucht man einen Maßstab. Im Sport ist das leicht. Beim Weitsprung wird das Ergebnis mit einem Maßband ermittelt und beim Handball zählt man die Tore. Alles relativ einfach, präzise und transparent. Doch welchen Maßstab soll man wählen, um die Haushaltslage der Gemeinde Hünxe einzuordnen?

Es gibt Politiker, die bewerten Haushaltslagen mit der ideologischen Brille. Wir hören dann Erläuterungen, dass das Glas halb voll oder halbleer sei, je nachdem ob die Situation beschönigt oder dramatisiert werden soll.

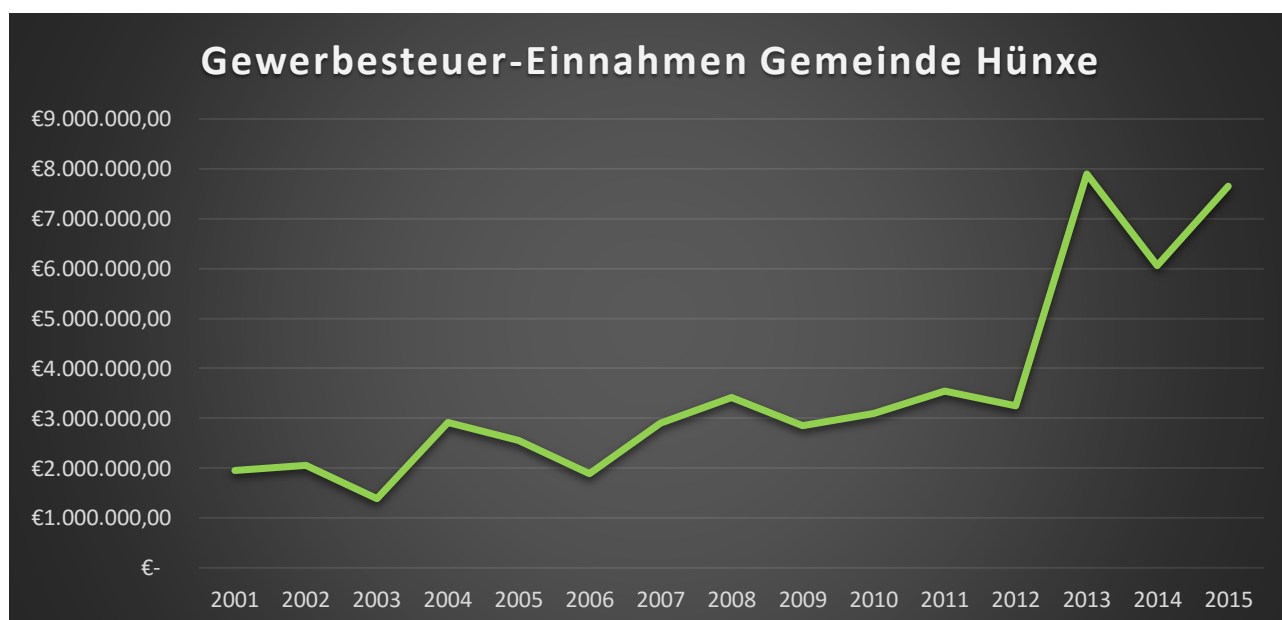
Gerne wird dies kombiniert mit Vorwürfen an den politischen Gegner, dass dieser die Situation natürlich völlig falsch interpretieren würde.

Doch diese politischen Rituale helfen nicht weiter. Es sind nur Nebelkerzen mit denen diese Politiker die Deutungshoheit über die Ergebnisse eines Zahlenwerkes erlangen wollen. Die Fakten werden wertend in den gewünschten Farben an die Wand projiziert.

Ein besserer Maßstab ist eine nüchterne Analyse der Fakten.

Hierbei lohnt es sich, insbesondere einen genauen Blick auf die Gewerbesteureinnahmen zu werfen, denn sie sind eine wichtige Einnahmequelle der Gemeinde.

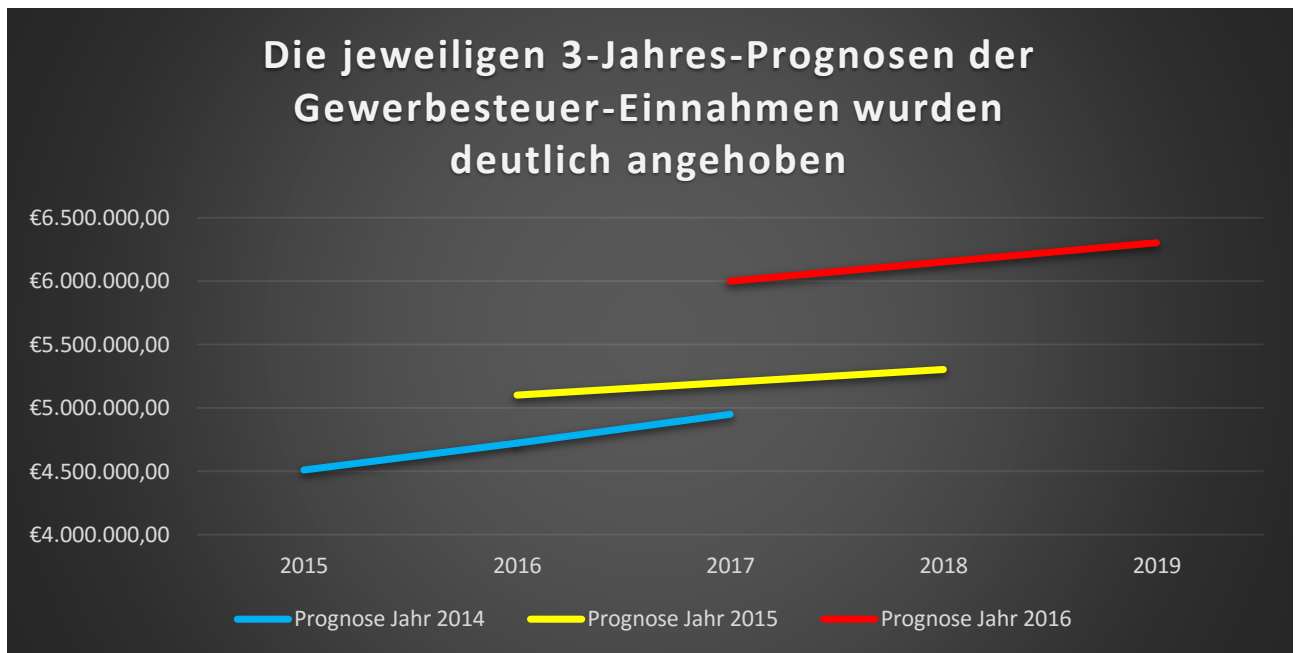
Im Zusammenhang mit der Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes in den Jahren 2012 und 2013 wurden auch die Gewerbesteureinnahmen analysiert. Dabei ermittelte man folgende Fakten: Zwischen den Jahren **2001** und **2012** bewegten sich die Einnahmen aus dieser Steuerart pro Jahr zwischen **1,4 und 4 Mio. Euro** mit deutlichen Schwankungen. In den Jahren **2013, 2014** und **2015** wurden mit **7,9 und 6,0 und 7,6 Mio. Euro** außerordentlich hohe Gewerbesteureinnahmen erzielt, die sich zum großen Teil auf Einmaleffekte zurückführen lassen.



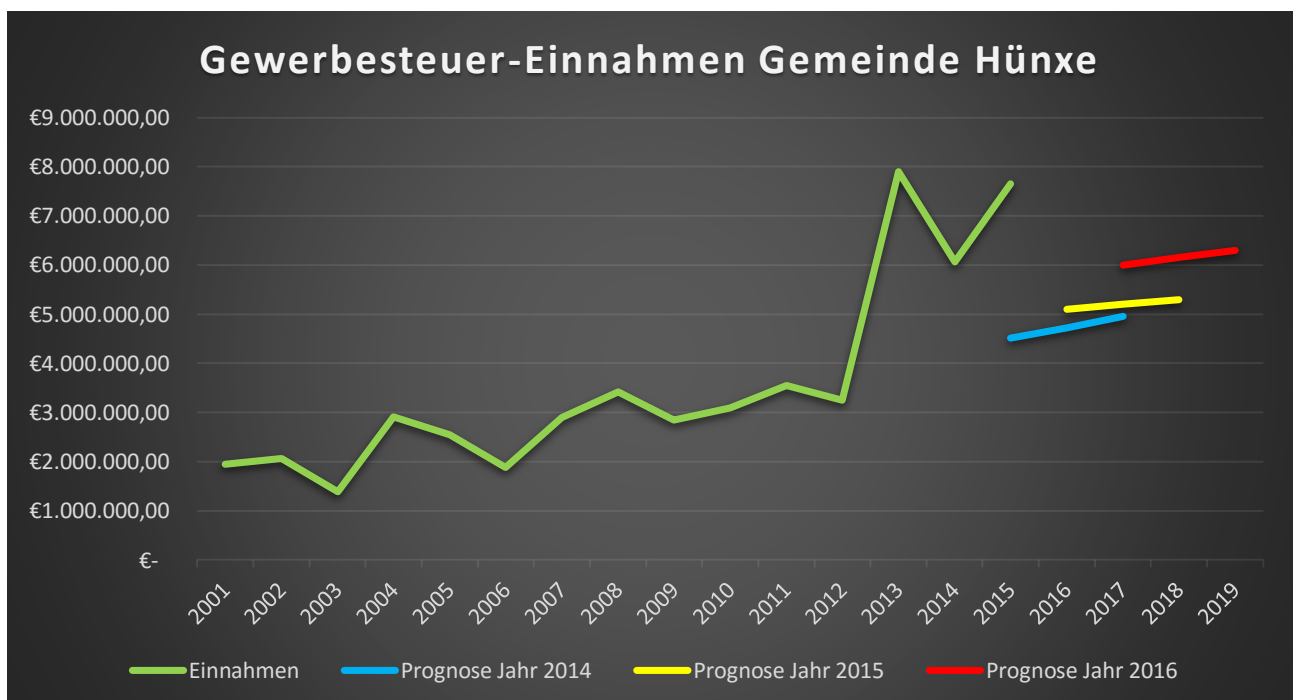
Die hohen Gewerbesteureinnahmen der letzten Jahre führen nun zu einer Anhebung der Prognose für die zu erwartenden Gewerbesteureinnahmen in den Folgejahren. Doch das ist sehr trügerisch, denn die Gewerbesteureinnahmen verlaufen zyklisch. Das heißt mal gibt es steigende Einnahmen, dann wieder fallen Einnahmen.

Weder der typische zyklische Verlauf noch eine Bereinigung der Einmaleffekte werden in der Prognose für die nächsten Jahre ausreichend berücksichtigt.

In der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes wurden die **Prognosen** ganz im Gegenteil sogar jährlich **deutlich angehoben**. Dabei berücksichtigen schon die älteren Prognosen die steigenden Einnahmen aufgrund der Steuererhöhungen durch die schrittweise Steigerung der Hebesätze von **440 auf 510 Prozent** in den Jahren **2012 bis 2015**. Diese betragen durchschnittlich **600.000 € pro Jahr**.



So wird in der fortgeschriebenen Haushaltsplanung davon ausgegangen, dass wir in den nächsten Jahren nicht mehr rund **4 Mio. Euro**, sondern mehr als **6 Mio. Euro** jährlich an Gewerbesteuererinnahmen erzielen werden. Diese zusätzlich geplanten **dauerhaften Mehreinnahmen** in Höhe von jährlich **2 Mio. Euro** können sich ganz schnell als Luftnummer herausstellen.



Es wäre daher nicht ungewöhnlich, wenn wir bis zum Jahr 2022 (voraussichtliches Ende des HSK-Zeitraums) auch deutlich **negative Planabweichungen** erleben werden. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung hat aufgrund der zu optimistischen Planung sogar zugenommen.

Was bedeutet dies für zukünftige Investitionsentscheidungen?

Helmut Schmidt hat sich bei seinen Entscheidungen stets davon leiten lassen, was langfristig vernünftig und aktuell machbar ist. Er hat diese Entscheidungsgrundlage als **pragmatische Vernunft** bezeichnet.

Aus Sicht der pragmatischen Vernunft wäre es ratsam, die aktuellen Mehreinnahmen nicht wieder gleich zu „verfrühstücken“, sondern Vorsorge für schlechtere Phasen im HSK-Zeitraum zu treffen. Gleichzeitig gibt es natürlich einen gewissen Spielraum, um notwendige Erhaltungsinvestitionen durchzuführen.

Projekte, wie der in Rede stehenden Bürgerpark hinter dem Sportplatz Hünxe, sollten kurzfristig nur dann in Angriff genommen werden, wenn eine Gegenfinanzierung (z. B. durch Fördermittel) und die spätere Pflege gesichert sind.

Wichtig ist es, die sparsame Haushaltsführung als Entscheidungsprämisse beizubehalten.

Um zu verdeutlichen, was damit gemeint ist, möchte ich dies an einem Beispiel erläutern.

Die SPD hat unlängst vorgeschlagen, dass die Gemeinde zukünftig stärker Fördermittel akquirieren sollte. Hierfür müsste nach den Vorstellungen der SPD-Fraktion eine zusätzliche Halbtagsstelle in der Gemeindeverwaltung geschaffen werden. Die EBH-Fraktion begrüßt die verstärkte Nutzung von Fördermitteln ausdrücklich, möchte aber keine zusätzlichen Fixkosten im Gemeindehaushalt verankern.

Die Zielsetzung, sich noch intensiver um Fördermittel zu bemühen, unterstützt auch die Verwaltung. Die Bearbeitung von Fördermittelprojekten kann aber nicht isoliert durch eine Person erfolgen. Die Tätigkeit muss auch immer in enger Abstimmung mit den Fachbereichen stattfinden. Einen zusätzlichen Personalbedarf sieht die Verwaltung nicht. Dazu teilte die Verwaltung der EBH-Fraktion mit, dass sie sich vorstellen kann, diese Thematik an einer vorhandenen Stelle im Haus zu verorten, bei der es zur Besoldungsgruppe passt und es auch noch freie Kapazitäten gibt.

Der durchaus gute Vorschlag sich um mehr Fördermittel zu bemühen kann nun auch ohne zusätzliche Fixkosten realisiert werden.

Dieses Beispiel zeigt, sinnvolle Maßnahmen können also auch ohne weitere Kosten realisiert werden. Jede Anstrengung zusätzliche Kosten zu vermeiden lohnt also.

Zusammenfassend möchte ich meine Ratskolleginnen und Ratskollegen daher bitten, das **Ziel des dauerhaft ausgeglichenen Haushalts** stets im Blick zu behalten, damit wir bei einer Eintrübung der Konjunktur und den damit verbundenen rückläufigen Gewerbesteuererträgen nicht gleich wieder in den Nothaushalt abrutschen.

Alle anstehenden Entscheidungen sollten wir stets mit **pragmatischer Vernunft** treffen.